

Antrag an Mitgliedervollversammlung von DIE LINKE. Neukölln am 14. April 2024

Einreicher:innen: Ronald Luther, Tim Brandes

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Die LINKE.Neukölln führt eine Kampagne gegen die beschlossenen und drohenden Kürzungen im Bund und in Berlin durch. Der Bezirksvorstand wird beauftragt, eine solche Kampagne unmittelbar und in Absprache mit den Basisorganisationen vorzubereiten und zu organisieren und sich außerdem beim Landesvorstand und beim Bundesvorstand unserer Partei für die Durchführung einer solchen Kampagne einzusetzen. Insbesondere ist das Aufstellen von Protestbündnissen eine zentrale Aufgabe.

Zur Durchführung der Kampagne in Neukölln sollen unmittelbar u.a.:

- Gespräche mit den von den Kürzungen (mutmaßlich) betroffenen Einrichtungen, Gewerkschaften, Sozialverbänden, sozialen Bewegungen, Mieter*inneninitiativen geführt werden – mit dem Ziel zu einer Versammlung einzuladen, welche weitere Schritte diskutiert und gemeinsame Proteste organisiert
- öffentliche Versammlungen, Veranstaltungen und Protestaktionen der Partei durchgeführt werden

Zentrale Forderungen dieser Kampagne sollen u.a. sein:

- Nein zu jeglichen Kürzungen und Verschlechterungen von Rechten der abhängig Beschäftigten
- Für eine massive Erhöhung der Steuern auf Gewinne und Vermögen der Banken, Konzerne und Superreichen
- Für die Abschaffung der Schuldenbremse
- Für Milliardeninvestitionen in Bildung, Gesundheit, Klima und Soziales
- Rekommunalisierung und Ausbau von Krankenhäusern, ÖPNV, Wohnungsbaugesellschaften unter demokratischer Kontrolle
- Verstaatlichung des Energiesektors unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung, um die Preissteigerungen für die Masse der Bevölkerung zu stoppen und eine ökologische Energiewende ohne Verlust von Arbeitsplätzen demokratisch geplant durchzuführen
- Aufbau einer sozialistischen Demokratie gegen die Diktatur der Märkte

Begründung:

Bei der letzten MVV am 26.02 wurde beschlossen:

„Unsere Jugendstadträtin, die Fraktion in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung und der Bezirksvorstand sind aufgerufen, die geplanten Einschnitte in der Öffentlichkeit zu skandalisieren und Proteste dagegen zu organisieren, idealerweise im Verbund mit den Beschäftigten von Vereinen, Initiativen und Trägern, die von den Kürzungen betroffen sind.“

Das ist dringen nötig, denn von Unternehmen, Politik und Medien geht momentan ein Dauerfeuer auf die Bevölkerung ein. Die fetten Jahre seien vorbei und der Gürtel müsse enger geschnallt werden. Es drohen massive Angriffe auf Arbeits-, Rentenbedingungen und Sozialstaat. Zudem wird schon jetzt massiv gekürzt. So soll es bereits im Bundeshaushalt 2025 eine Finanzierungslücke von mindestens 13 Milliarden Euro geben. Auch im Neuköllner Haushalt soll es Kürzungen vor allem bei sozialen Einrichtungen und in der Jugendhilfe geben und steht die Musikschule Paul Hindemith vor einem möglichen Aus. Während also die Masse der Bevölkerung die Haushaltslöcher stopfen

soll, werden die Großunternehmen verschont. Sie erhalten sogar weiterhin großzügige Förderungen, obwohl viele über die letzten Jahre Rekordgewinne eingefahren haben.

Rechte Kräfte, wie die AfD und die rechtsextremen Freien Sachsen und die Identitären, hatten bereits versucht, die Bäuer:innen-Proteste für sich zu instrumentalisieren. DIE LINKE, die Gewerkschaften und alle Kräfte, die den Anspruch haben, die Interessen der abhängig Beschäftigten und sozial Benachteiligten zu verteidigen, müssen deshalb jetzt anfangen, die Alarmglocken zu läuten und den Widerstand gegen die Kürzungen zu organisieren. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Regierenden weiter bei uns kürzen, sondern müssen sofort in Aktion treten und den Herrschenden ein klares Signal senden: gegen jeden Versuch bei sozialen und Arbeiter:innenrechten zu kürzen, wird es massiven Widerstand von Millionen geben!